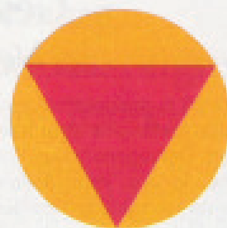
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Dezember 12/93

Antifaschistischer Konsens gewinnt an Gewicht

Warum denn nicht einmal ein Austausch darüber, wie wir 1994 der neofaschistischen Gefahr im Norden entgegentreten können? Diese Fragestellung beschäftigte Mecklenburger wie Bremer KameradInnen seit Juli. Am letzten Oktoberwochenende schließlich trafen sich 18 Vertreterinnen der VVN-BdA Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und von Mecklenburg-Vorpommern IVVdN und BdA in Heideruh.

Nur nach gründlicher Vorbereitung könne der Film „Drahtzieher" im braunen Netz (Wahrheit macht frei) Schülern, Jugendgruppen oder anderem breiten Publikum gezeigt werden. Die ungeheure Demagogie nehme einen so großen Stellenwert ein, daß bei einem für neofaschistische Phrasen offenen Kreis Esther Bejaranos mahnende Worte leicht in den Hintergrund geraten. Einer Einleitung mit dem Film folgte Berichten von DVU und Deutscher Liga in den Landtagen von Kiel und Bremen, vom Hamburger Wahlkampf, von Überlegungen zu den 94er Wahlen in der VVN-BdA und von Erfahrungen mit sozialem Frust in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Grunde sei die DVU-Landtagsfraktion nur dazu da, der Nationalzeitung weitere Leser zuzuführen. Anträge in der Bremer Bürgerschaft und im Kieler Landtag sind beinahe gleichlautend, kein Wunder, sind sie doch wie auch die Redebeiträge weitgehend Verlesung der Leitartikel von Nationalzeitung oder Wochenblatt. In Bremen wie in Kiel verweigert sich die DVU jeglicher Ausschußarbeit, mittlerweile sind die Fraktionen zerfallen, die Abgeordneten großenteils zur DL übergetreten. Deren Anträge sind geschickter verfaßt. Sie orientieren darauf, soziale Brennpunkte anzuschneiden, die sie immer auf eine Ethnifizierung sozialer Fragen zuspitzen. In Kiel soll dem SSW der dänischen und friesischen Minderheit der Geldhahn völlig abgedreht werden. Für Frieden und Frauen soll nichts übrig sein, die Verfolgung der NS-Verbrechen aufhören. In Bremen wird der Mangel an sozialem Familienausgleich und Krippenplätzen genutzt, die faschistische Familienideologie in Anträge umzumünzen: Förderung erst ab dem 3. Kind, natürlich nur dem 3. deutschen Kind. Ähnliches machen bundesweit die Reps. Sie geben sich den Anschein, Anwalt des kleinen Mannes zu sein. Die Wahrheit ist nüchterner. Sie sind hinter Pöstchen und dem Geld her, ohne sich an ihre eigenen Phrasen zu halten.

Helmut Stein erläuterte anhand der Hamburger Wahlergebnisse Veränderungen in Wahlverhalten und politischer Taktik schon seit der Hessen-Wahl. 1.430 Stimmen trennten Reps vom Einzug in die Bürgerschaft. Verluste von 135.000 Stimmen hatten die traditionellen Parteien. Neofaschisten konnten in traditionellen Arbeitervierteln 7,6 % einfangen, in 20 von 100 Stadtvierteln kamen sie über 10 %. Tritt keine grundlegende politische Änderung ein, wird sich dieser Einbruch dauerhaft festigen. Aus den 13 % Wählern mit geschlossenem faschistischem Weltbild, die die Sinusstudie von 1981 festgestellt hatte, mögen inzwischen 16 % geworden sein. Viele von ihnen haben ihr Potential noch nicht neofaschistischen Parteien zur Verfügung gestellt. Dazu kommen die noch traditionell gebundenen Protestwähler, die nur die Ausländerfeindlichkeit von anderen CDU- oder SPD-Wählern unterscheidet. Daher rührt auch jetzt der Druck auf ein Zusammengehen zu den Wahlen (vgl. Nation Europa, die wortgetreu die Wahlstrategie der „Nordlichter" wiedergibt). Wer dabei das Rennen macht, die einzelnen neofaschistischen Parteien sind in Inhalten, Arbeitsweise, Zielsetzung austauschbar. Es reicht nicht, wie die Bremer Grünen nur aufzeigen, daß die DVU oder woanders die Reps Geld einsacken, keine konstruktiven Vorschläge in den Ausschüssen machen, sich nicht darum kümmern, wer ihre Forderungen zu zahlen hat und tief in Korruption und Betrügereien verstrickt sind. Dadurch wird ihr Potential nur auf Neugründungen gleicher Art umgelenkt. Für uns kommt es vielmehr darauf an, die Frage nach Verbot und Auflösung solcher Gruppen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Positiv einzuschätzen ist daher der Ansatz des hessischen Ministerpräsidenten Eichel, nach den Fuldaer Ereignissen solches Auftreten unter Berufung auf Artikel 139 des Grundgesetzes zu unterbinden. Aus dem Bundesausschuß für Organisationsfragen war bekannt, da NRW schon zu Zimmermanns Zeiten Versuche gemacht hatte, eine Auflösung der FAP zu erreichen, sei es als Nachfolgeorganisation der ANS/NA Kühnens, der 1945 verbotenen faschistischen Massenorganisationen, der 1952 verbotenen SRP oder sie nach 129a Strafgesetzbuch als kriminelle terroristische Vereinigung zu verfolgen. Die Gefahr der Koalitionsfähigkeit selbst in so großen Orten wie Augsburg ist gegeben.

Die Krise ist 1993 von anderer Qualität und tiefer als noch 1983. Mit der Kandidatur

Fortsetzung auf Seite 5

Wir laden ein zur

Jahresabschlußfeier

am 4.12.93

um 15.00 Uhr

in der Begegnungsstätte

Haferkamp

zum Gesprächsaustausch.

Kaffee und Kuchen und das Duo Stechpalme erwarten Euch am Ende eines arbeitsreichen Jahres



Freundliche Kuchenspender, laßt Euch bitte nicht zurückhalten.

Gestapo-Folterhaft nicht in Vergessenheit drängen!

Am 23.6. meldete der Weser-Kurier, das Polizeigefängnis solle aus dem ehemaligen Gefangenenhaus, der Ostertorwache, in die Vahr (Lettow-Vorbeck-Kaserne!) ausgelagert werden. Der Senat hat die Ostertorwache der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung, dem Design-Zentrum Bremen und der Gesellschaft für Produktgestaltung zur Verfügung gestellt. Unser langjähriger Vorsitzender Georg Gumpert appellierte an Bürgermeister Klaus Wedemeier, Hans Koschnick und andere Bremer Persönlichkeiten, die Geschichte des faschistischen Terrors in dieser früheren Gestapo-Folterstätte nicht in Vergessenheit geraten lassen. Mit Abdruck der Kernaussagen seines Briefes stellt sich der Landesverband hinter diese Forderungen. Wir appellieren an ehemalige Häftlinge der Folterstätte, uns mit Schilderungen aus der Ostertorwache in unseren Bemühungen zu unterstützen, einige Räume, wie das Gestapo-Vernehmungsbüro, der Öffentlichkeit als Kulturgedenkstätte zu erhalten. Wir werden laufend über die Entwicklung berichten.

„Dieses Gebäude diente der Gestapo-Zentrale Am Wall/Hurrelberg als eine der übelsten Folterstätten unserer Stadt. Hier wurden im Zuge der politisch-rassistischen Verfolgungen Hunderte Frauen und Männer des demokratischen Widerstandes sowie der Gefolgschaftsverweigerung unter erbärmlichen Bedingungen eingekerkert.

In diesem ehemaligen Gestapo-Haus wurden jüdische Mitbürger geschunden, bekennende Christen, Zeugen Jehovas, Sintis und Roma (Zigeuner), Kriegsdienstverweigerer und sogenannte Deserteure, Deportierte aus den europäischen Ländern gefangen gehalten.

Dieses Haus war Drehscheibe eines Gefangenen-Transportsystems, das quer durch das okkupierte Europa verlief und nicht ein unbedeutendes Polizeigefängnis.

Als die Hatz gegen die Mitglieder und Sympathisanten der Arbeiter-Parteien und den Gewerkschaften begann, wurden deren Opfer auf Befehl der Gestapo von hier zur Folterung in das SA-Haus „Goesselhaus" Buntentor verschleppt und dort für die Vernehmungen vorbereitet. Aus meiner Kenntnis von insgesamt 2 Jahren Gestapo-Haft im Gefangenenhaus sind mir alle Varianten der dort üblichen Haftbedingungen bekannt. Da m. E. die neben dem Gebäude aufgestellte Kramer-Skulptur das Elend dieses Hauses nur unzureichend verdeutlicht, schon gar nicht die praktizierten Gestapo-Greuel zu vermitteln vermag, erlaube ich mir, folgendes vorzuschlagen:

Eine gewisse Substanz jenes Geschichtsabschnittes sollte dadurch bewahrt werden, indem einige Räume der Ostertorwache unverändert bleiben. Sie zugänglich für die Besucher der kommenden Kultureinrichtungen zu machen, wäre vorbildliche humanistische Kulturarbeit.

Ich denke an das berüchtigte Gestapo-Vernehmungsbüro, das der Isolierhaft dienende Kellergewölbe, sowie die vielen Bremerinnen bekannte totale Dunkelzelle „Gesche Gottfried". Diese diente der Psychofolter. Weiterhin sollte zumindest eine der üblichen Zellen wieder mit den Fenster verdunkelnden Blechblenden versehen werden, mit der seinerzeit bei den Gefangenen ein totaler Isoliereffekt ausgelöst werden sollte."

Georg Gumpert

Rechte verteidigen – statt neuer Strukturen

Je tiefer die Krise sinkt, desto mehr reden die Medien den Gewerkschaften ein, sie müßten umstrukturiert werden und neue Methoden entwickeln.

1.) Veranstaltungen schaffen und mehr „freie Hand" für die Kolleginnen und Kollegen „unten" wird jetzt schon praktiziert. Klöckner, Dasa, und, und, und die Belegschaften praktizieren bereits eine Form der Verteidigung der Arbeitsplätze, es werden bestimmt auch andere Methoden entwickelt werden.

2.) Die durch die Erfahrungen im Faschismus und Krieg entwickelte Organisationsform: Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarif ist ein ungeheurer Fortschritt. Die bis 1933 praktizierten Fachgewerkschaften, waren und sind längst eine überholte Organisationsform. Die Struktur ist schon gut.

3.) Die Tatsache, daß die Mitgliederzahl in der ehemaligen DDR nicht gehalten werden konnte, liegt nicht an der „Tätigkeit" der Treuhand, die die Treuhand der in Westdeutschland herrschenden Banken und Konzerne ist. Weil die Gewerkschaften gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze in der DDR nicht mobilisiert haben, sind die Mitglieder ausgetreten. Der hohe Grad der Organisiertheit hatte etwas mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der sozialen Einrichtungen zu tun. Jetzt wird das Schaufenster BRD nicht mehr benötigt, da wird eben abgebaut, Soziales und Demokratisches. Dagegen kämpfen tut not.

Willy

Nichtstun kein Rezept

Im Schatten von Ausschwitz stehen wir noch heute. Das schwermütige Akkordeonspiel Arcadi Poulins geleitete die Gedanken der Zuhörer und Zuhörerinnen im Bremer Rathaus durch die Gedenkveranstaltung zum 55. Jahr der Reichspogromnacht. Begann er mit Bittgebeten um Erhaltung der Überlebenden, so endete die Veranstaltung mit dem ermutigenden Bekenntnis aus dem Ghetto: Sage niemals, daß du den letzten Weg gehst. Wir sind noch da!

Hartmut Drewes erinnerte an die letztjährige Veranstaltung mit Micha Brumlik und warf die Frage auf, ob mit dem Kandidaten Heitmann nicht die Sensibilität gegenüber der eigenen Vergangenheit endgültig einem neuen Patriotismus geopfert werde. Der Entsorgungsweg Heitmanns ist begleitet von Friedhofsschändungen, Hakenkreuzaufmärschen in Fulda, Renten für baltische SS-Freiwillige, Publikationsverboten in Passau, einem Anwachsen des Antisemitismus nicht nur in Sachsenhaus[en.] Es gibt aber auch ermutigende Zeiche[n.] Dazu gehören Abgeordnetenspenden an Überlebende aus dem Wilnaer Ghetto.

Gabriele von Arnim führte Lebenslügen auf, die die Verdrängung der Schatten von Ausschwitz begleiten. Ob die Legende von der Stunde Null oder verklärende Ausflüchte, wie das Fremdwort Holocaust, ob die entlarvende Frage, wie man's hier aushalte als Überlebender, oder der wohlmeinende Ratschlag, der Zusatz KZ in der Bezeichnung Gedenkstättenleiterin mache sich schlecht auf der Visitenkarte, der Weg von Bitburg zu Heitmann führt über die Duldung und das schweigende Ertragen von Vorurteilen, Belästigungen Angehöriger von Minderheiten in Straßenbahnen bis nach Mölln (und Solingen). Tote Juden seien Deutschen wichtiger als lebendige Asylbewerber. Zur Sensibilisierung kohlscher P[fle]gung gehört auch die Reise Dresdener Skins nach Israel, wo sie sich … wie normale deutsche Touristen aufführten, vollmundig Sprüche und Lieder aus brauner Zeit von sich gaben. Bezahlt wurde diese Aktion aus Eingliederungsbeihilfen für jüdische Migranten.

Patriotismus dürfe nicht mit Stolz auf das eigene Land gleichgesetzt werden. Zu Patriotismus gehöre Goethe wie Göbbels, Lessing wie Ausschwitz, kurz die eigene Verantwortung im Umgang mit der Vergangenheit. Empörung über solchen Umgang mit Minderheiten und Vergangenheit dürfe sich nicht in Verzweiflung flüchten, Nichtstun sei kein Rezept. Unter welch anderen Bedingungen haben Widerstandsgruppen wie die der Geschwister Scholl arbeiten müssen? Es gehe um Zivilcourage, ein Wort, das im Brockhaus 1935 nicht vorkam.

Raimund

Pastor Hartmut Drewes:

Erinnern für die eigene Menschenwürde

Veranstaltet von der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden gemeinsam mit Angestelltenkammer Bremen, Bildungswerk evangelischer Kirchen, Bildungswerk für Umwelt und Kultur, Bildungswerk der Katholiken im Lande Bremen, Christliche Friedenskonferenz, Deutsch-Israelische Gesellschaft, „Erinnern für die Zukunft", Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Landeszentrale für politische Bildung, Lidiĉe-Initiative, Stadtbibliothek, VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

7. November 1993, Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht

Verehrte Mitglieder der Israelitischen Gemeinde in Bremen, lieber Herr Stoppelmann, liebe Frau Möller-Tupath, lieber Herr Manneberg, sehr geehrter Herr Senator Dr. Scherf, sehr geehrte Frau Wedemeier, sehr geehrte Damen und Herren,

Micha Brumlik, der an dieser Stelle in der Gedenkveranstaltung des Vorjahres gesprochen hat, bringt in seinem kürzlich erschienenen Aufsatz zur Frage „Dürfen Deutsche Patrioten sein?" folgende Bemerkung des polnischen Romanciers Andrzej Szypiorski, die dieser anläßlich des 50. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto geäußert hat:

„Das deutsche Volk hat die Vernichtung der europäischen Juden vollzogen, das unterliegt keinem Zweifel, und wer versucht, sich hier mit allerlei Winkelzügen und Ausreden zu drücken, wer moralische Rechtfertigungen oder politische Bezugspunkte anführt, ist entweder ein Dummkopf oder ein Schuft oder beides zusammen. Das deutsche Volk hat Europa mit dem Kainsmal gezeichnet, es hat sich von selbst losgesagt, seine eigene Geschichte verneint und gemeinsam mit den Juden Europas, Lessing und Kleist, Goethe und Bach in den Kammern vergast und in den Öfen verbrannt, es hat seine deutsche geistige Identität vergast und verbrannt." Und Micha Brumlik fügt dem im Blick auf Deutschland hinzu: „Unbefangenes Wohlgefühl gegenüber der eigenen Nation wird nach alledem niemals mehr möglich sein.

Die Worte Andrzej Szypiorski kommen von außen. Aber es ist eine alte Erfahrung, daß ein Außenstehender die Wirklichkeit sehr viel besser beurteilen kann. Leider kommen in Deutschland nur sehr wenige, wie Micha Brumlik, zur gleichen Beurteilung und Erkenntnis. Die von der Christlich Demokratischen Union vorgenommene Kürung von Steffen Heitmann zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten macht das deutlich. Nicht nur, daß damit die genannte Partei mitsamt ihrem Vorsitzenden und ihrem Kandidaten zu keiner Sensibilität fähig sind, ist das eigentlich Schwerwiegende, sondern Sicht und Haltung, die dahinterstehen, sind erschreckend. Helmut Kohl bringt das auf den Nenner „Normalisierung", und er meint letztendlich damit: Auschwitz und die Vernichtung von sechs Millionen Juden dürfen auf den zukünftigen Weg Deutschlands keinen Einfluß mehr haben. „Normalisierung" bedeutet im Grunde Leugnung dieser Vergangenheit. Oder wie es Steffen Heitmann ausgedrückt hat: „Aus dem Holocaust darf keine deutsche Sonderrolle bis ans Ende der Geschichte abgeleitet werden.

Solche Sicht und solche Haltung haben Auswirkungen. Im letzten Jahr wurden im gesamten Deutschland achtzig jüdische Friedhöfe geschändet. Am 15. August dieses Jahres konnten Hakenkreuzler unter Polizeischutz in Fulda ihre Demonstration abhalten.

Es sind zwei Beispiele. Ein drittes wurde weniger bekannt. Im September wurde in der litauischen Hauptstadt Vilnius der Vernichtung des jüdischen Ghettos dieser Stadt vor 50 Jahren gedacht. Anwesend waren zwei deutsche Parlamentarier. Einer von ihnen, Wolfgang von Stetten, hat dafür Spender gesucht und gefunden, daß die sich im gesamten Baltikum befindlichen Juden, die den Holocaust überlebt haben, monatlich 30 Mark erhalten. Denn für diese Menschen besteht kein Rechtsanspruch auf materielle Entschädigung. Dagegen erhalten jetzt bereits 128 lettische Veteranen, die der 15. und 19. Division der Waffen-SS angehört haben, eine monatliche Rente von bis zu 300 Mark. Für die Opfer gibt es nichts, für die Opfer eine Rente. So spiegelt unsere Gesetzgebung den Geist von über 40 Jahren Bundesrepublik wieder.

Ein viertes und letztes Beispiel, auch aus diesem Jahr, ist die gerichtliche Entscheidung gegen Anja Rosmus, die Naziverbrechen, die in der Stadt Passau geschehen sind, erforscht hat. Sie darf nach dem Gerichtsurteil bestimmte Dinge über Zwangsabtreibungen, es geht hier wohl besonders um die Nennung von Tätern, nicht veröffentlichen. Der Schutz der Täter rangiert vor der Erinnerung an das Leiden der Opfer.

Die gleiche Frau hat übrigens herausbekommen, daß die Inschriften auf Granittafeln für ermordete Russen bei Passau 1957 im Auftrag der bayerischen Landesregierung aus dem Stein herausgeschliffen worden sind. So wurde verdrängt, fast fünf Jahrzehnte, bis heute. Ja, wenn es nach dem jetzigen Bundeskanzler geht – und nicht nur nach ihm – so wird die Verdrängung mit dem Begriff „Normalisierung" zum Normalfall erklärt.

In Bosnien-Herzegowina herrscht weiter Krieg. Er kann dazu führen – so der in Bremen lehrende Sozialwissenschaftler Dieter Senghaas, daß der muslimische Teil zwischen Serbien und Kroatien vollends zerrieben wird. Ich erwähne das hier, da das auch etwas mit westdeutscher Politik zu tun hat, die nach 1945 den Faschismus verdrängt und nicht aufgearbeitet hat. Denn die deutsche Außenpolitik hat vor einigen Jahren vehement die nationalistische Unabhängigkeitspolitik Franco Tudjmans unterstützt und international mit durchgesetzt. Dieser Präsident hat nicht nur eine gehörige Menge rechtsradikaler Truppen in seiner Armee, die einander mit ausgestrecktem Arm begrüßen. Er „gefiel sich in antisemitischen Bemerkungen", so war im August im Weser-Kurier zu lesen, „die zwar in der britischen und französischen Öffentlichkeit, aber kaum in der deutschen registriert wurden."

Der Friedensnobelpreisträger Eli Wiesel hat auf den Hinweis, daß heute viele junge Leute mit Auschwitz nichts mehr zu tun haben wollen, mit den Worten reagiert:

„Ich glaube, daß ein junger Mensch, der die Vergangenheit leugnet, Probleme haben wird, selbst persönliche, menschliche Probleme. Verdrängung ist nicht gesund. Wenn man die Erinnerung unterdrückt, kommt sie zurück, auch nach mehreren Generationen. Und dann kommt sie mit Schmerz und Gewalt an die Oberfläche."

Mag dieser Abend, mag unsere ganze Arbeit dazu beitragen, daß solche Verdrängung und Verleugnung überwunden wird und nicht der deutsche Normalfall bleibt.

Wir erinnern uns der Opfer der Reichspogromnacht wie des Holocausts nicht nur, um sie damit zu ehren, sondern wir tun damit etwas für unsere eigene Menschenwürde, für die Redlichkeit, für die Gerechtigkeit. Ich schließe mit einem Satz aus dem biblischen Buch der Sprüche, der von den Herrenhuter Losungen für den heutigen Tag gedacht ist:

„Wer in der Gerechtigkeit feststeht, erlangt das Leben, wer dem Bösen nachjagt, den Tod."

Allen sei gedankt, die an der Vorbereitung dieser Veranstaltung mitgewirkt haben, auch an ihrer Finanzierung, gedankt sei Bürgermeister Wedemeier für die Übernahme der Schirmherrschaft für den heutigen Abend, ebenfalls dem Senat, der den Raum kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Gedankt sei allen, die gekommen sind.

Der VVN-Tanker auf Kurs?

Die VVN/BdA ist nach wie vor nur bedingt bewegungsfähig, wenn es um den Neofaschismus geht.

Diese Einschätzung teilten alle Teilnehmer des Treffens der Zentralen Neofaschismuskommission, die im letzten Monat stattfand. Insbesondere ist es bislang nicht gelungen, gerade eben diese Kommission zu konsolidieren. Dieser Umstand und die z.T. mangelnde Kommissionsarbeit vor Ort und in den Ländern hat mit dazu beigetragen, „ein unverantwortlich hohes Maß an Unwissen darüber, was Neofaschismus heute ist" in der Organisation selber herbeizuführen. (So ein Teilnehmer)

Es mangelt an verfügbarem Wissen, nicht selten sogar in elementaren Fragen, an Schulungs- und Informationsmaterial. Man muß sich auf die Arbeit anderer Gruppen verlassen, was im Einzelfall ja nicht schlecht sein muß, was aber auf Dauer schlechte Folgen hat.

Angesichts der bevorstehenden Wahlkämpfe im nächsten Jahr besteht wohl kein Zweifel an der Notwendigkeit, Bewegung in die Sache zu bringen.

Die Zusammensetzung des Kommissionstreffens und seine Ergebnisse lassen nun aber ein wenig Hoffnung zu:

Die Arbeit wurde so verteilt, daß die „analytisch" Tätigen sich nicht mehr mit dem Organisieren belasten müssen. Bis zum nächsten Treffen im Februar werden anhand von vier Fragestellungen vorläufige Einschätzungen erarbeitet, die dann in einem weiteren Schritt zu Material für den Bundeskongreß und die politische Arbeit gerinnen sollen.

Diese Diskussionsziele sind:

- *Welches sind oder werden die Hauptthemen des Neofaschismus sein? (Wie kann der Antifaschismus darauf frühzeitig reagieren?)*
- *Mit welchen Hauptkräften ist zu rechnen?*
- *Inwieweit sind die Themen des Neofaschismus von der etablierten Politik übernommen worden?*
- *Gibt es eine Tendenz hin zu einer Auflösung des Parlamentarismus, beispielsweise angesichts der Hamburger Stattpartei?*

Thomas

Solidarität mit Cuba

Dringend benötigt werden Sachspenden, die Krankenhäusern zugute kommen sollen. Also in erster Linie Waschmittel/Seife, Bettwäsche, Desinfektionsmittel, und vor allem verschiedene noch nicht abgelaufene Medikamente in Originalverpackung. Es geht um die Bekämpfung epidemischer Neuropathie!!!

Regelmäßig fährt ein cubanisches Schiff über Amsterdam – Bremen – Kopenhagen. Sammelstelle ist der DGB-Jugendtreff Westend (Waller Heerstraße 294) immer ab 20 Uhr. Von dort werden die Sachen auch zum Schiff transportiert. Einzelheiten zu Sachspenden bitte bei Michael Luuk, (0421) 50 27 82 erfragen.

9. November – offiziell

Anläßlich der Gedenkveranstaltung von Senat und Bürgerschaft sprach Bürgermeister Fücks am Landherrnamt von der Zwiespältigkeit des 9. November, von Schande und Hoffnung. 20 Jahre nach dem demokratischen Aufstand der Arbeiter, Soldaten und Matrosen gegen Krieg, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit wurden Synagogen niedergebrannt, Geschäfte geplündert, Menschen entrechtet, drangsaliert und ermordet. In Bremen folgte der Zerstörung und Plünderung in einem zweiten, späteren Befehl ganz offiziell der Auftakt zur Verhaftung und Verschleppung von 162 Menschen nach Sachsenhausen. Auch heute werden fast wöchentlich Asylantenunterkünfte und Wohnhäuser abgebrannt, Menschen ermordet, die Täter seien nur Minderheiten, nicht der Staat. Fücks brachte die Mahnung in Verbindung zum Krieg in Bosnien und rief auf, den Untergang einer multikulturellen Gesellschaft nicht zuzulassen. Er schwieg allerdings dazu, ob einer Erweiterung des Aktionsradius der Bundeswehr überhaupt ein sicherer Friede folgen kann.

Wilhelm Henkel

Nordkonferenz aus anderen Augen

Dem Bericht der Kameraden der IVVdN Mecklenburg-Vorpommern zur Beratung in Heideruh ist zu entnehmen, daß sie sehr positiv bewertet wird. In Mecklenburg-Vorpommern habe es bislang kaum ein organisiertes Auftreten neofaschistischer Gruppen gegeben. Unsere Kameraden befürchten jedoch, daß dies 1994 nach Beispielen in Sachsen und Thüringen erfolge. Um zu erreichen, daß Nazis nicht in die Parlamente gelangen, sollte ihre Zulassung durch Eingaben bei den Wahlleitern verhindert werden.

Die Kameraden fordern zum Widerstand gegen Großmachtbestreben und die Aushöhlung des Grundgesetzes auf, zum Eintreten für Arbeitsplätze und gegen Sozialabbau. Eine neue Verfassung sei anzustreben, die eine unmittelbare Beteiligung des Volkes zulasse, auch die Möglichkeit der Abwahl von Abgeordneten. Antifaschismus als Humanismus in Aktion bedeute ein Zugehen auf Regierende wie autonome Gruppen ohne Berührungsängste. Als Thema für die nächste Nordkonferenz sei unbedingt die Frage Faschismus oder Nazismus zu behandeln.

Richard Keßler

Sport extra

„Spiegel"

Dank sei dem „Spiegel" zugebilligt, weil er am 7.11.1993 bestätigt: Der südkoreanische Box-Präsident Kim Soung Qaun habe die Kampfrichter mit 15.000 Dollar geschmiert. Außerdem zahlt Adidas jährlich 250.000 Dollar an den Aibo-Präsidenten und bei dem Ringen um Olympia sind die Bestechungsgelder in Höhe von jeweils 100.000 Dollar mal eben so geboten worden.

Und woher weiß der „Spiegel" das? Natürlich aus einer „Stasi-Akte". Und woher weiß die Stasi das? Natürlich von einem Stasi-Mitarbeiter. Und wer ist das? Natürlich einer, der immer zwischen den Präsidenten so rumläuft. Und das kann natürlich auch nur ein Präsident sein. Und diesmal war es der Präsident des DDR-Boxverbandes Herr Wehr.

Dazu habe ich 3 Fragen:

1. Wenn Herr Wehr das alles erfahren hat, warum die anderen Präsidenten es nicht auch erfahren haben?
2. Warum hat die Stasi diese Korruptionsskandale in die Akten vegraben und die Öffentlichkeit nicht alarmiert?
3. Und, lieber Spiegel, warum hast Du diese Skandale damals nicht veröffentlicht?

1988 wurde doch auch hier in der BRD viel „gemunkelt", unter anderem über die Urteile im Boxen,

erinnert sich Willy

Gedanken zum Gedenken im Jahre 1993

Das nun auslaufende Modell:

Das Jahr 1993 hatte ausreichend Tage zum Erinnern. Der erste Tag war der 30. Januar, 60. Jahrestag der Berufung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg auf Wunsch der deutschen Banken und Industrie-Herren. Das war dies Jahr kein Thema. Kein Thema war auch der 1. April 1933. Für Bremen ist dieser Tag besonders wichtig, denn an diesem Tag wurde das KZ Mißler eingerichtet und der 1. staatlich angeordnete öffentliche Pogrom gegen die Juden durchgeführt.

Während die ersten 100 seit dem 28. 2. 1933 verhafteten Funktionäre der KPD, SPD und anderer Organisationen auf Lastwagen vom Osterforgefängnis nach Mißler transportiert wurden, stand die SA mit Schildern: „Deutsche, kauft nicht bei Juden" vor deren Geschäften. Zur Losung der Nazibewegung: „Gegen den jüdischen Bolschwismus" hatte Hitler seit 1926 in Veranstaltungen „Vaterländischer" und Wirtschaftsverbänden erklärt, wer nicht für die Nazis sei, würde vernichtet. Nach dem deutschen Sprichwort „Die Suppe wird nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht wird" wurden selbst die Bockenheimer Dokumente nicht ernst genommen. Als der Reichstag brannte, stand das Verbot der KPD schon im Reichsgesetzblatt. Planmäßig wurde die Zerschlagung der Arbeiterbewegung 1933 fortgesetzt:

Am 2. Mai Auflösung der Gewerkschaften, am 22. Juni Verbot der SPD und „Gleichschaltung" aller anderen Parteien.

Damit schufen die Nazigrößen die wichtigste Voraussetzung für die Verfolgung und Einleitung der Vernichtung der jüdischen und anderer Bevölkerungsgruppen. Im Schatten der Prozesse – auch in Bremen gegen Widerstandsgruppen und Hinrichtungen wie den Bremer Reichstagsabgeordneten Robert Stamm. Am 4. 12. 37 wurden die Rassegesetze erlassen, die zum 9. November 1938 führten, der 1993 zu Recht wieder im Mittelpunkt der Ereignisse stand. (siehe Pastor Hartmut Drewes: „Menschenrechte...")

1993 wurde bundesweit des Aufstandes im Ghetto von Warschau ab 19. April 1943 gedacht. Im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen wurde auch in Bremen Gedenken durchgeführt. Am 24. April hat die Gruppe der Kameradin Esther Bejarano mit Liedern aus dem Ghetto und Widerstand bewiesen: Widerstand ist nicht nur Schießen.

Nicht wie vor 5 Jahren, wurde 1993 an die separate Währungsreform vom 20. 7. 1948 erinnert. Sie bildete die unsichtbare Mauer der Spaltung Deutschlands. Die DM wurde auf den Dollars des Marshallplans errichtet.

Am 5. August zum 40. Jahrestag der Hinrichtung der Bremerin Cato Bontjes van Beek wurde in Kattenturm-Mitte ein Platz mit ihrem Namen der Öffentlichkeit übergeben. Mit einer kulturellen Veranstaltung in der Aula des Gymnasiums Achim erhielt dieses ebenfalls den Namen Cato Bontjes van Beek.

Das sind einige Gedenktage, an die nicht nur erinnnert werden sollte, sondern die Gegenstand der Aufklärung werden müssen. Die Zusammenhänge müssen geklärt werden.

Willy Hundertmark

Zitat der Woche

„Die Menschen in Deutschland reden und leben wider ihre Überzeugung. Sie sind offenkundig so verschüchtert..., so zermürbt, daß selbst die klarsten Tatbestände, wenn sie nicht abgeleugnet, so doch schöngefärbt oder totgeschwiegen oder nur insgeheim von Ohr zu Ohr weitergegeben werden. Wer aber einfach ausspricht, was **ist**, der bekommt nicht nur die Rache und den Haß der Herrschenden zu spüren, sondern, was noch schlimmer ist, die Wut und den Verrat der Verängstigten... Feigheit heißt Diplomatie, Knechtschaffenheit Opportunität, bewußte Lüge wird als erlaubte Vorsicht hingestellt."

Theodor Lessing, 1933
Vermächtnis an Deutschland. In: Wortmeldungen eines Unerschrockenen. Leipzig und Weimar 1987, S. 369

Vorbereitung zum Bundeskongreß auf vollen Touren

Der nächste Bundeskongreß der VVN-BdA findet am 28./29. Mai 1994 in Braunschweig statt. Die Veränderungen der letzten Jahre sollen thesenartig beschrieben werden. Eine Weiterführung der Diskussion um das Orientierungsprogramm wird einfließen. Wir dürfen auf die nächsten beiden Ausgaben der AntiFa-Rundschau gespannt sein. Derzeit bewegt uns die Frage, wie wir bei der Politikentwicklung der Bedeutung unserer Widerstandskämpferinnen und Verfolgten wenigstens auf Landesebene gerecht werden. Schon vor 2 Jahren stellten sie nur 17 % der Delegierten. Kann wenigstens die erste Nachfolge-Generation ihre Erfahrung als Zeitzeuge und Kenner der unmittelbaren Auswirkungen der Verfolgung von Eltern und Familie weitergeben?

Wilhelm Henkel

Fortsetzung von Seite 1

Heitmanns steht die Weichenstellung auf ein personelles Bitburg vor uns, das Dreigespann Heitmann, Kanther, Schäuble ist der Weg in eine andere Republik. Die BRD strebt danach, einer der Großen 3 der Welt zu werden. Betrachtungen darüber, welche Ziele 1871 – 1918 – 1933 – 1949 – 1993 gefordert wurden, welche Weichenstellung seitens der Wirtschaft und Wehrmacht 1943 eingeleitet wurde, macht Sinn. Für uns gewinnt die Vermittlung des antifaschistischen Konsenses daher an Gewicht. Die Entwicklung des Grundgesetzes seit 1949 hat dabei einen wichtigen Stellenwert. Erich Arndt betonte die Notwendigkeit eines gesellschaftspolitischen Netzwerkes angesichts eines sozialen Kahlschlags von solch einschneidendem Umfang wie in den „heimgeholten" Neufünflanden. Der Ruf vom November 1989 erhalte so einen neuen Aussagegehalt. Es gehe auch darum, das Vermächtnis des Nationalkomitees Freies Deutschland aufzugreifen und nutzbar zu machen. Ein sinnvoller Beitrag dazu kann ein breiter Meinungsaustausch unter Nutzung der vorhandenen Blätter sein. Daher wurde begrüßt, daß sich Vertreter der 4 antifaschistischen Verbände am 11. Dezember in Berlin treffen werden. Als Ergebnis der Nordkonferenz bleibt festzuhalten, daß der produktive Meinungsaustausch für alle eine Fülle von Anregungen gebracht hat, und wir deshalb vorschlagen, uns Anfang November 1994 wieder in Seppensen treffen, um uns nach den Wahlen gemeinsam auszutauschen.

Raimund Gaebelein

Geburtstage im Dezember

Henning Harmssen	1. Dez., 68 Jahre
Emmy Matty	2. Dez., 82 Jahre
Anneliese Gumpert	3. Dez., 71 Jahre
Waltraud Drygalla	3. Dez., 67 Jahre
Georg Kusche	6. Dez., 91 Jahre
Willi Gerns	13. Dez., 63 Jahre
Ernst Niehoff	24. Dez., 84 Jahre
Lorenz Schreimel	26. Dez., 79 Jahre
Walter Federmann	26. Dez., 70 Jahre

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Zum Jahresende

bedanken wir uns herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern. Sie haben uns geholfen, die Kosten für unsere Arbeit zu tragen. Politik kostet Geld und wird immer teurer. So kostet jetzt DM 1,– und der Massendruck pro Zeitung 7 Pf mehr.

Und wem sagen wir das, Mieten und Nebenkosten sind auch gestiegen.

Außerdem erinnern wir unsere Kameradinnen und Kameraden, daß das letzte Quartal zu Ende geht. Nach dem deutschen Spruch, wer schnell zahlt, zahlt doppelt.

Herzliche Grüße zum Jahresende,

Der Vorstand

Spenden an uns sind steuerlich abzusetzen. Wir sind gemeinnützig. Bescheinigungen für das Finanzamt können angefordert werden.

Unterschied

Nach nächtlichen Überfällen auf mehrere türkische Reisebüros und Kreditinstitute auch in Bremen durchsuchte die Polizei die Räume des Mesopotamischen Kulturvereins. Auf Weisung des Bundesinnenministeriums wurde die Aktion eine Woche später wiederholt. Gefunden wurde – ein Flugblatt, das wohl mit Bekennerschreiben in einer Bank übereinstimmte, wohlgemerkt ein Flugblatt, nicht etwa eine Druckvorlage. Was allerdings die Beschlagnahme von Musikinstrumenten und Folklorekleidung für Tanzgruppen mit Sicherstellung von Beweismaterial zu tun hat, bleibt Geheimnis der Polizei. Es hat allerdings Tradition im Lande, denn 1933 wurden bei uns bekanntlich Schalmeien als marxistische Hetzinstrumenet verboten.

In Gewahrsam genommen wurden zwei Neonazis, die eine 35jährige Bremerin in der Straßenbahn angepöbelt und mit einer Gaspistole bedroht hatten. Hausdurchsuchungen förderte rechtsradikales Propagandamaterial zutage. Der Presse war nicht zu entnehmen, ob die dort gefundene Reichskriegsflagge beschlagnahmt wurde.

Richard Keßler

Statt 5,– DM 1,– DM

Mit der Gründung des Separatstaates BRD wurde die Finanzierung der Parteien aus Steuermitteln eingeführt: Zuletzt 5,– DM pro anteiliger Wählerzahl. Das war eine feine Sache, sie bindet die Partei an den Staat. Jetzt gibt es nur noch 1,– DM pro Kopf der tatsächlichen für die Partei abgegebenen Stimme. Ob jetzt die Parteien beginnen, für die Erhaltung demokratischer und sozialer Rechte einzutreten? Wir tun es.

Die Weisen sehen schwarz

Das Gutachten der 5 Weisen war diesmal schwarz. Und weil die Prognosen schwarz sind, werden nur noch rote Zahlen geschrieben. So kam der Wirtschaftsminister Rexrodt zu der Erkenntnis, genau dies sei die Politik der Bundesregierung. Damit kann doch kein gemeinsamer „Aufschwung" erzielt werden. Oder? Da hilft auch die NS-Dienstpflicht nicht.

Antifaschisten gegen Neuauflage des Kalten Krieges

In einem Brief an UN-Generalsekretär Boutros-Ghali äußerte Egon Krenz die Sorge vor Berufsverboten und Rentenkürzung aus politischen Motiven („Systemnähe"). Zur Führung politischer Prozesse werde die DDR als Unrechtsstaat verteufelt. Dies sei eine nachträgliche Anwendung des Alleinvertretungsanspruchs. Heinz Keßler, der auf Hitlers Todeslisten stand, werde von Richtern verurteilt, für die schon die Gründung der DDR Unrecht sei. Krenz erinnerte daran, daß in der Alt-BRD kein Nazirichter oder NS-Staatsanwalt je strafrechtlich verurteilt wurde, und ein Globke unter Adenauer Staatssekretär werden konnte. Mit politischer Verfolgung einher gingen moralische Demütigung und soziale Benachteiligung. Den „Ossis" werde Geschichte, Identität, z.T. Arbeit und Eigentum genommen.

Auch der Mecklenburger Landesvorstand der IVVdN protestierte im September gegen das Urteil des Berliner Landgerichts gegen Heinz Keßler und andere ehemalige Widerstandskämpfer wegen Grenzsicherung und Friedenswahrung. Dazu sei ein nationales Gericht nicht legitimiert.

Wilhelm Henkel

Termine… Termine…

Jahresabschlußfeier am 4. Dezember um 15.00 Uhr im Haferkamp mit dem Duo Stechpalme.

Mahnwache am Mittwoch, 15. Dezember, 16–18 Uhr vor der Bürgerschaft

Mahnwache zur Eröffnung der Landtagssitzung

Jeden 2. oder 3. Mittwoch im Monat 16.00–18.00 Uhr vor der Bürgerschaft

Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:
Dienstags von 16.00–18.00 Uhr
Mittwochs von 16.00–18.00 Uhr
Donnerstags von 15.00–18.00 Uhr
Tag der Bürokasse und Beitragszahlungen
Beitragsbelege für das Finanzamt auf Anforderung

Jeden Montag von 17.00–18.00 Uhr tagt der Geschäftsführende Vorstand

Jeden 4. Montag von 19.00–21.00 Uhr der Landesvorstand.
Alle Mitglieder können mit beratender Stimme teilnehmen.

Sozialer Beratungsdienst
Donnerstags nach Vereinbarung im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26. In allen sozialen Fragen kann beraten werden. Wenn notwendig, auch Hilfe bei Behördengängen.

Die Anschrift für alle Angelegenheiten:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 0421/382914
Fax: 0421/382918

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 29050101), Kto.-Nr. 1031913

Alternative Rundgänge-Fahrten, Anmeldung auch unter Tel.: 611262

Redaktionsschluß für den BAF am 15. eines jeden Monats.

Wichtige Mitteilungen und Artikel sind nach Absprache möglich.

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark